

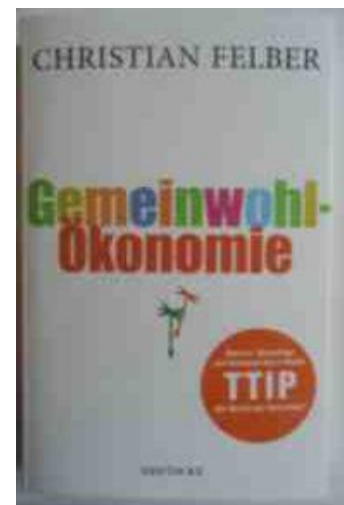
**Weiter so — Wie weiter?
Fragen, die Staatsbürger
heute antreiben.....**



Fortsetzung von der Startseite www.solidarnosch.de

Hat der kapitalistische Motor wirklich ausgedient, wie es viele behaupten? Diese Frage beinhaltet sehr viele Facetten. Doch eines ist klar: Es geht nicht mehr nur um bloße Korrekturen von bestimmten Fehlentwicklungen, sondern um eine umfassende, makroökonomische Schieflage. Damit ist die Systemfrage in den Raum gestellt.

Könnte ein neues, solidarisches Gesellschaftssystem, welches die Erfahrungen aus Kapitalismus und Sozialismus nutzt, die fundamentalen Probleme dieser Welt lösen? Was muss sich in unserer Welt ändern, um bessere Voraussetzungen für alle zu schaffen? Wie schaffen wir es, den in unserer Gesellschaft existierenden Klärungsbedarf in Bezug auf die „Systemfrage“ zu lösen?



Die erklärten Mechanismen in den geplanten EU-Freihandels- und Dienstleistungsabkommen, erscheinen als ein großes, letztes Aufbäumen, eines die Menschen insgesamt entwürdigenden Systems, welches in dieser Ausprägung, neben dem materiellen Wohlstand von Wenigen, substantiell den Kult der Zerstörung in sich trägt. Der isolierte Blick auf die noch verbliebenen Wohlstandsinseln auf dieser Erde kann diesen Zustand nicht mehr verdecken und auch nicht mehr

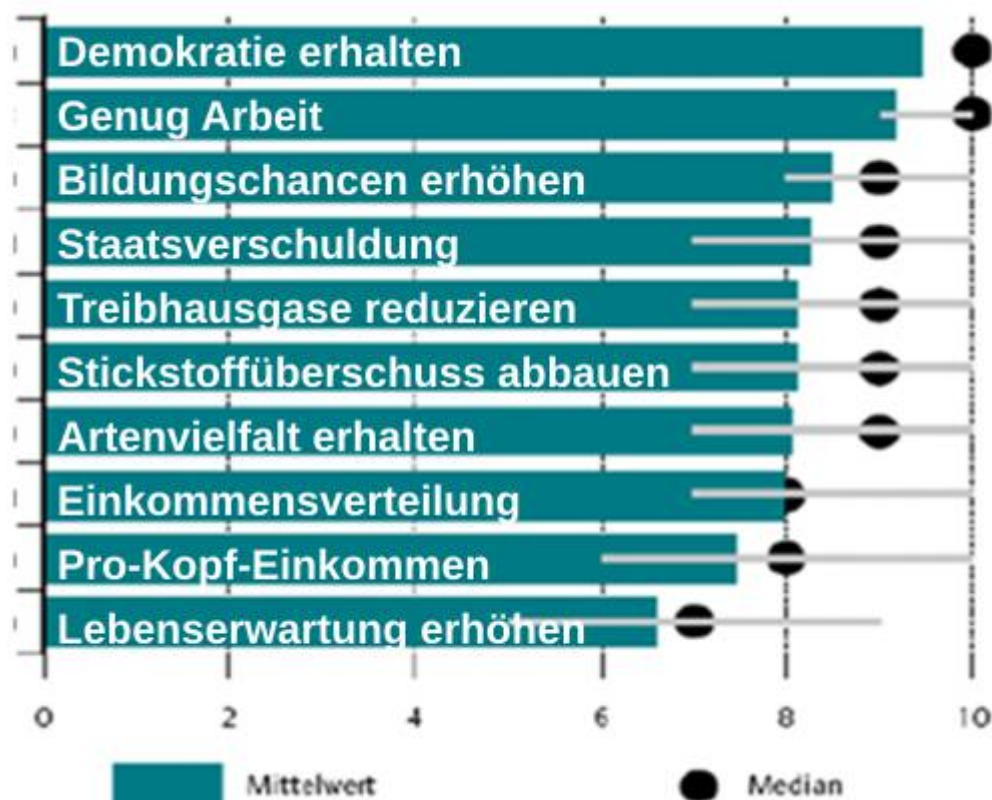
das subjektive Empfinden der Bundesbürger über ihre Lebenssituation.

Repräsentative Befragung zur Relevanz von Lebensbereichen *

Befragungsergebnisse:

0 – gar nicht wichtig / 10 – sehr wichtig

"Wie wichtig ist Ihnen, dass die deutsche Politik sich um folgende Themen kümmert?"



Quelle:

TNS Infratest Telefonsurvey (Januar 2013), 1012 Befragte; Berechnungen DIW Berlin.

Die Frage ist, ob die Politik diesen Erwartungen der Bürger*innen gerecht werden kann, mit einer systemischen Entwicklung, wo sich die Macht von der politischen in die unternehmerische Ebene verschoben hat.

Formal bleibt in demokratischen Systemen die Regulierungskompetenz beim Staat, aber globale Akteure hinter den Kulissen der politischen Bühne des Volkstheaters verknüpfen ihre Finanz- und Wirt-

schaftsmacht mit politischer Steuerung eng mit ihren Interessen. Das Bindeglied bildet ein ausufernder Lobbyismus und der Drehtür-Mechanismus bei Politikern, dem Personal in Ministerien und hochdotierten Stellen in der Wirtschaft. So überlassen die an eine private Finanzbranche verschuldeten Staaten demokratisch diesen nicht-legitimierten Akteuren das Feld. Der Sinn und Zweck von Maßnahmen der Deregulierung und Privatisierung von staatlichen Aufgaben erschließt sich, wenn sich diese privaten Akteure dadurch eine freie Hand verschaffen in der Lesart des vermeintlich freien oder liberalen Marktes. Ökonomen sprechen von einem entfesselten Raubtierkapitalismus. Ein freier Markt versetzt die Macher hinter den Kulissen in die Lage, die Politik über ihre Schaltstellen an ihrer Leine zu lancieren. Es droht eine Situation, wo private Akteure ganze Staaten als ihre Instrumenten zur Durchsetzung ihrer Interessen missbrauchen. Das wird deutlich durch dutzende von sogenannten Freihandelsabkommen, welche die Europäische Union entweder schon abgeschlossen, ratifiziert hat oder noch verhandelt. In diesen Handelsabkommen werden Gemeinwohl, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als Handelshemmnisse behandelt.

Auf diese Weise haben demokratische Nationalstaaten ihre marktkorrigierende Funktion im Sinne des Gemeinwohls nicht etwa einfach nur verloren, sondern sie haben das Primat der Politik aufgegeben. Statt der Herstellung sozialer Gerechtigkeit wird eine demokratische Fassade zur „Problemlösung“ zugunsten elitärer Kreise missbraucht. Parlamenten wird die Rolle eines Volkstheaters zugestanden, in dem die Drehbücher des "Big Business" abgespult werden. Aber nicht nur die bereits abgeschlossenen und gegenwärtig von der Europäischen Kommission verhandelten Handelsabkommen oder der allgegenwärtige Lobbyismus großer Unternehmen bedroht die Grundfesten unseres gesellschaftlichen Wertesystems und damit die Werte der Demokratien. Darüber hinaus haben inzwischen eine ungebremsste Globalisierung und technologische Fortschritte das "Big Business" mit einem

Instrumentarium ausgestattet, das ihnen eine tief reichende Steuerung der politischen Sphäre erlaubt. Politische Steuerung ist damit gleichzusetzen mit der Möglichkeit einer skrupellosen Durchsetzung von partikularen, privaten Interessen, mit der Zerstörung unserer existentiellen Lebenswelt. Diese Interessen nehmen auf die Grundbedürfnisse der Menschen, Tiere, Fauna und Flora keine Rücksicht. Auch die von außen kaum noch reglementierbare Computernutzung in vernetzten Arbeits- und Lebenswelten führt zu der Möglichkeit der Kontrolle und Beeinflussung zwischenmenschlicher Beziehungen, führen zur Beeinflussung von Rollenträgern und sonstigen Akteuren, dessen Wirkung sich vor allem in größeren Organisationseinheiten der öffentlichen Wahrnehmung entzieht. Darüber hinaus bedroht das detaillierte Wissen, über das heute ein Internet-Monopolist über die Entwicklungstrends der Weltgesellschaft verfügt, nicht nur die Privatsphäre, sondern bedeutet gleichzeitig einen enormen Zuwachs an politischer Macht. Wer schützt in einer solchen Lage Allgemeingüter (Allmenden) und unsere Grundwerte, die diametral den Leitbildern eines erfolgreichen Wirtschaftens gegenüber stehen?

Dabei ist solidarisches Wirtschaften Voraussetzung für ein demokratisches System und auch Voraussetzung für den Wohlstand und Gleichwertigkeit aller Menschen (Gemeinwohl). Das europäische Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft wurde sowohl mit seinem Attribut 'Sozial' wie auch als funktionierende Marktwirtschaft aufgegeben und droht bei noch weiterer Konzentration der grundsätzlich überstaatlich agierenden 'Global Player' nun ganz überrollt zu werden.

Das geschieht in einer Gegenwart, in der mittlerweile Finanz- und Wirtschaftswelt ihren Vorrat an Mäßigung restlos aufgebraucht haben, indem sie die führenden Politiker anreizen, ihre eigenen parlamentarischen Gestaltungsspielräume noch weiter einzuengen, den Primat der Politik noch weiter auszuhöhlen. Politiker der führenden

Nationen dieser Erde sind gerade dabei, neue transatlantische und eurasische Wirtschaftsräume mittels völkerrechtlich bindenden Verträgen miteinander zu verknüpfen, die Bedingungen schaffen, welche mit schrankenloser Wirtschaftsfreiheit dieses zutiefst illiberale Wirtschaften, dann *-de jure-* nicht mehr revidierbar, noch weiter verstärken werden. Die Bürgerinnen und Bürger werden dabei weder eingebunden noch gefragt.

Demokratie heißt: "Dass sich die Leute in ihre eigenen Angelegenheiten einmischen"

(Max Frisch)

Dazu passt nicht, wenn Massenproteste die Regierungen kalt lassen. Historische Erfahrungen zeigen, dass aus dem Bedürfnis der "Global Player" nach einem Staat, welcher nicht etwa der Kontrolle des Volkes, sondern vorzugsweise ihren Interessen unterworfen ist, sich der Faschismus entwickelt. Den Bürgerprotest einfach auszusitzen, ein bisschen mehr Gespräch, ein bisschen mehr (öfters vorgegaukelte) Transparenz, einfach so weiter machen , reicht nicht mehr.

Warum nutzen Politiker den Massenprotest nicht für eine neue (Welt-) Ordnung, die einen Ausgleich von ökonomischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen anstrebt?

Diese Handelsverträge sind das nun sichtbare Zeichen einer bestimmten Form des Wirtschaftens, das unseren höchsten Verfassungswerten diametral gegenüberliegt. Bürgerinnen und Bürger sind mehr als bloßes Humankapital.

Unsere freiheitliche Verfassung soll ihren Wert behalten und die Menschen ihre Würde. *Papst Franziskus* ermahnte Reiche und Politiker wie auch christgläubige Laien zu uneigennütziger Solidarität und zur Rückkehr der Wirtschaft und der Finanzbranche "zu einer **Ethik zugunsten des Menschen**".¹ Das ist nicht nur ein Bekenntnis zum christlichen Glauben, sondern es ist auch der wissenschaftliche Erkenntnisstand von weltweit führenden Wirtschafts- und Finanzexperten, der Soziologie und Politikwissenschaften.



Aufgerufen sind jetzt alle verantwortungsbewussten Menschen, um ein "weiter so" zu verhindern, indem sie einfach artikulieren, was sie wollen. Menschen, die ihre Grundbedürfnisse abgedeckt sehen, sind aufgerufen, gemeinsam mit anderen zu werben für einen offenen Diskurs über Alternativen zu einem Kapitalismus, der als Selbstzweck ausschließlich das Ziel der Gewinnmaximierung kennt, "auf Teufel komm raus". Alternativen könnten auf der Referenzbasis einer Sozialen Marktwirtschaft sowohl wirtschaftliche wie staatliche Macht dekonzentrieren, den Pluralismus fördern, gleichzeitig Anreize für eine effiziente Führung der Unternehmen wie auch für eine Gemeinwohl-Orientierung der Unternehmen stiften.

Nicolas SARKOZY berief auf dem Höhepunkt der weltweiten Finanzkrise 2008 eine 25-köpfige Experten-Kommission ein, die sich aus den

¹ Apostolisches Schreiben des Heiligen Vaters Papst Franziskus "Evangelii Gaudium", Die frohe Botschaft Jesu, St. Benno-Verlag, Leipzig 2013, II. Teil, In der Krise des gemeinschaftlichen Engagements, Nr. 52-75, S. 40.

weltweit führenden Ökonomen zusammensetzte.² Es ging darum (verkürzt ausgedrückt), wie für eine Volkswirtschaft Wohlstand und Erfolg bemessen werden kann. Das Ergebnis dieser Kommission konnotierte *Nicolas SARKOZY* in der Großen Aula der Sorbonne ein Jahr später: *"Wenn wir nicht wollen, dass unsere Zukunft, die Zukunft unserer Kinder, die Zukunft künftiger Generationen durchsetzt ist von Finanz-, Wirtschafts-, Umwelt- und sozialen, letztendlich also menschlichen Katastrophen, dann müssen wir unsere Art zu leben, zu konsumieren, zu produzieren, ändern. Und wir müssen die Kriterien unserer gesellschaftlichen Organisation und unserer öffentlichen Politiken ändern. Eine großartige Revolution erwartet uns. Jeden von uns."*³



Auf eine Änderung der Politiken können wir immer noch hoffen, aber wir warten wir heute noch auf die "großartige Revolution". Seit Ende des Jahres 2018 ist Frankreich mit der Volksbewegung der "*gilets jaunes*" ("Gelbe Westen") konfrontiert. Vielleicht ist mit dieser Bewegung der Anfang einer großen Revolution markiert. Die Weltzerstörer (Plutokraten) fürchten nichts mehr, als den Antrieb und die Macht, die aus der kollektiven Kraft der Bürgerinnen und Bürger erwächst. Nur sollte sich diese Kraft nicht mit entfesselter Gewalt äußern, so wie sie sich in Frankreich nach den französischen Revolutionen am Ende des 18. Jahrhunderts entladen hat. Doch nicht etwa eine solch furchtbare, sondern fruchtbare Alternativen zu erzeugen ist heute

² Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission (2008/2009) mit 25 Mitgliedern, darunter 5 Nobelpreisträger, Kommission zur Messung der wirtschaftlichen Leistung und des sozialen Fortschritts; einberufen von dem amtierenden französischen Staatspräsidenten Nicolay SARKOZY im Februar 2008, Abschlussbericht am 14. September 2009. Die Kommission löste eine Vielzahl von Folgeaktivitäten aus: vgl.: https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/home/pdf/kolloquien/2013/6_Spoerel_Wohlfahrtsmessung.pdf (Stand 2013).

³ Rede von Nikolay Sarkozy am 14. September 2009 an der Sorbonne, Discours de réception du rapport à la Sorbonne le 14/09/2009, <https://www.youtube.com/watch?v=UeWbQdJ3oBw>

kollektive Intelligenz willens und in der Lage, aus innerem Antrieb von vielen Menschen wie Du und Ich. Das sind heute Menschen, die zu Recht sorgenvoll auf die eigene und die Zukunft ihrer Kinder und Enkelkinder blicken.

Mit dem inneren Zusammenhang von Wohlstand und Demokratie zeigt sich auch in Deutschland, dass Demokratie weder ein Ruhekitzel noch eine Kuschelecke ist. Wer glaubt, sich für die Mechanismen der Demokratie nicht kümmern zu müssen, sät in einem solchen Dornröschenschlaf den Samen für den Konflikte (Krieg) zwischen den Menschen im eigenen Land. Demokratie ist auf jeden einzelnen von uns angewiesen, ohne dass sie von uns viel fordert. Es reicht schon aus, wenn wir uns gegenseitig bestärken unsere eigenen, und damit auch politischen Angelegenheiten, selbst in die Hand zu nehmen.

Der noch verbleibende Rest Wohlstand im Land und die Demokratie fordern uns jetzt heraus, um sie zu kämpfen, jedoch nicht um Denkweisen, Verhaltensmuster und Konzepte, deren Zeit vorbei ist. Das Downloading von tradierten Denkweisen und Konzepten führt heute in einen Krieg gegen soziale Errungenschaften, gegen andere Menschen, Tiere, Flora und Fauna. Es ist ein Krieg, den wir selbst zulassen.

"Der Weltfriede kann nur auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden"
(Präambel der ILO-Verfassung von 1919)

Ohne entscheidende Impulse der Europäischen Union der führenden Parteien in Deutschland, sind wir es, die Bürgerinnen und Bürger, beginnend in der eigenen lokalen Sphäre, die um ein Lebensmodell der Zukunft ringen müssen. Wer sonst?

Der Grund, weil von der Seite verantwortlicher Politik nichts substantielles kommt, mag darin bestehen, dass es in entwickelten Industrienationen jetzt darum geht, die eigenen Ansprüche an die Um-

welt der jeweiligen lokalen Sphäre anzupassen. Die materiellen Ansprüche der Menschen in Industrienationen liegen ein Vielfaches über dem Limit, was uns die Natur auf diesem endlichen Planeten Erde schenken kann. Mit der Überschreitung dieses globalen Limits pro Person verlagern die reichen Industrieländer ihre Kosten in Armutsländer. Jeder einzelne von uns trägt eine Mitverantwortung für die exportierte Not und dem Elend in anderen Ländern. Eine tragische Ironie liegt darin, dass so manche Urlauber aus den westlichen Wohlstandsländern von dem Reservat ihres Hotels die Armut an Orten in Ländern begaffen, die von der Überschreitung des Verbrauchslimits eines durchschnittlichen westlichen Urlaubers direkt betroffen sind.

Der Maßstab der von uns in den westlichen Industrieländern zu leistenden Anpassung sind die bestehenden und vorausgedachten Möglichkeiten in der lokalen Sphäre des Einzelnen (Marianne Gronemeyer). Diese Anpassung ist kein Verzicht, sondern als ideales Zusammenwirken zwischen Suffizienz (Genügsamkeit) und moderner Subsistenz (Nachhaltigkeit, Selbsterhaltung) zu betrachten mit möglichst kurzen Versorgungsketten. Ein solches (Überlebens-)Modell sind die Kernelemente der sogenannten "Postwachstumsökonomie" (PWÖ) von *Niko PAECH*. Lebensmodelle, die von dem Zusammenwirken dieser Gestaltungsfaktoren geprägt sind, bezeichnet N. PAECH als

"Daseinsmächtigkeit"

Dieses Wort beschreibt heute das Lebensgefühl vieler Deutscher, allerdings in seiner gegenteiligen Bedeutung. Die Umkehrung eines Gefühls der Daseinsmächtigkeit ist in unserem Land gekennzeichnet beispielsweise von zunehmenden prekären Lebenssituationen, Gentrifizierung in Ballungsräumen, fehlenden Aufstiegsprospektiven und bei einem Großteil der Menschen in der reichen Bundesrepublik von der absehbaren Aussicht auf Altersarmut. Hier liegt der Grund für das

allgemeine Unbehagen und der inneren Wut vieler Bürger in einem der reichsten Länder dieser Erde. Es ist leicht, Sündenböcke auszumachen. Wer den Finger auf andere streckt, richtet bei dieser Geste drei Finger auf sich selber. Dabei ist die Frage an einen sogenannten Wutbürger gestellt, was er/sie selbst zur Befriedung der unerwünschten Politik beiträgt.

Eine maßgebliche Größe, wo Daseinsmächtigkeit aus der Basis der Gesellschaft heraus funktioniert, ist die Kommune. Eine Kommune kann die soziale Dichte bereitstellen, die ein resilientes (krisenfestes) System benötigt. Der noch andauernde Prozess der Globalisierung, nichts anderes als ein System der Fremdversorgung und damit ein System der Abhängigkeit von nicht beeinflussbaren Faktoren, drängt diese genuine Funktion der Kommune –ohne angemessene Kompensation– immer weiter in den Hintergrund. Das hat weitreichende Folgen, die unter anderem auch mit dem schleichenden Zerfall der sozialen Netze (Familien) immer deutlicher hervortreten.

Erste Schritte zu allg. Wohlstand und Nachhaltigkeit

Der politische Hebel mittels einer stärkeren Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger am politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess auf allen Politikebenen, als Ergänzung und zur Stärkung des repräsentativen parlamentarischen Systems der Bundesrepublik Deutschland: Einerseits mit informellen und beratenden Beteiligungsverfahren und andererseits mit der Einführung eines institutionalisierten Rechts der Bürger*innen auf Bundesebene Referenden einzubringen (Im Sinne von Art. 20 GG neben der Ausübung der Staatsgewalt durch das Volk durch Wahlen auch das Recht auf Abstimmungen).

Damit könnte erreicht werden: Einschränkung des ausufernden Lobbyismus; die Resozialisierung des neoliberalen Wirtschaftssystems; die gleichwertige Behandlung von ökonomischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Zielen; die Beseitigung von extremen Unternehmens-, Vermögens-, Einkommensunterschieden sowie Machtkonzentrationen; die Förderung dezentraler, selbstorganisierender und negativ rückgekoppelter Strukturen; die Gewährleistung des Subsidiaritätsprinzips; die Gewährleistung von Markteintrittschancen für Kleinstunternehmer und Jung-Unternehmen ("Start-Up's"); eine einheitliche Unternehmenssteuern, eine Steuererhebung an den Leistungs- und Produktionsstandorten, Austrocknen der bestehenden Steueroasen, Einrichtung einer europäischen Rating-Agentur; Vermeidung von Handelsüberschüssen; Aufbau eines unabhängigen, europäischen Datennetzes, Vielfalt in der Medienlandschaft, Unabhängige Forschung (Expertisen); Folgenabschätzung / Evaluationsklauseln bei Gesetzen / Verordnung im Hinblick auf soziale, umweltverträgliche Auswirkungen oder sonstigen Beeinträchtigungen der Allgemeinheit.....

Eduard Meßmer
info@solidarnosch.de

